

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 96 846 pbbn d



## Inhalt

Rudolf Dreßler MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Ausländische Arbeitnehmer" der SPD-Bundestagsfraktion, fordert Konsequenzen aus dem Fall Altun: Menschenrecht kann nicht geteilt werden.

Seite 1

Heinz Rapp MdB kommentiert das Abrücken Lothar Späths vom Bau des Kernkraftwerks Wyhl: Auf SPD-Kurs.

Seite 2

Rainer Silkenbeumer MdB schildert Albrechts Millionen-Pleite: Nienover und kein Ende.

Seite 4

### Dokumentation

Peter Glotz: Wirtschaftspolitische Wende zur sozialen Ungerechtigkeit.

Seite 5

### Flugblatt

Ausbildungsplätze statt Wahlschwindel - jetzt handeln!

Seite 8

38. Jahrgang / 166

31. August 1983

Menschenrecht kann nicht geteilt werden

-----  
Dringliche Konsequenzen aus einem fatalen Verfahren mit tödlichem Ausgang

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Ausländische Arbeitnehmer" der SPD-Bundestagsfraktion

Von Betroffenheit bis zu eindeutigen Schuldzuweisungen reichen die Kommentare zum tragischen Selbstmord des Asyl-Bewerbers Kemal Altun. Weil er offenbar kein Vertrauen mehr zu denen hatte, die über ihn zu Gericht saßen, stürzte sich ein junger Mensch am Dienstag dieser Woche in den Tod. Die Gerichtsakten wurden also in dramatischer und nicht mehr zu korrigierender Weise geschlossen. Das juristische Ende des Falles muß schleunigst zu dringlichen Konsequenzen des Gesetzgebers führen.

Die politische Kardinalfrage muß lauten: Dürfen wir zulassen, daß Menschen, die bei uns Schutz suchen, einer Regierung ausgeliefert werden, die selber in täglicher Praxis Menschenrechte mißachtet und verletzt. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland garantiert "das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit". Dieses Grundrecht ist ein Menschenrecht; es kann und darf nicht zwischen In- und Ausländern unterscheiden. Der Zufall des Geburtsortes kann nicht einer Regierung auferlegen, daß sie einen schutzbedürftigen Mitmenschen durch Auslieferung der Lebensgefahr aussetzt.

Kemal Altun ist nicht das erste Todesopfer einer offensichtlich unzureichenden Rechtsordnung; schon vor ihm entzogen sich zur Abschiebung Verurteilte in deutschen Gefängnissen durch Selbstmord der bevorstehenden Auslieferung. In einer Rechtsordnung, wie wir sie wollen, darf nicht die Überbetonung der Ordnung das Recht aushöhlen. Der vermeidbar gewesene Tod eines Menschen hat uns alle aufgeschreckt. Die Bundesregierung ist gefordert, sie darf nicht wieder einschlafen. Wir erwarten die unverzügliche Vorlage eines Gesetzentwurfs, der den Vorrang des Menschenrechts über das Auslieferungsbegehren einer Militärdiktatur unmißverständlich sichert.

(-/31.8.1983/ks/ca)



Auf SPD-Kurs  
-----

Lothar Späth rückt vom Bau des Kernkraftwerks Wyhl vorerst ab

Von Heinz Rapp MdB

Im Herbst 1982 hat die "Kommission Zukunft Baden-Württemberg" des SPD-Landesverbandes zwölf Anhörungen zu den Zukunftsperspektiven des Landes durchgeführt und dabei einen ganzen Tag lang auch über die Energie- und Rohstoffversorgung beraten. Fazit der vorgetragenen Prognosen: Nicht nur gehen die Lichter nicht aus, vielmehr stellt sich das "Energieproblem" eher so, daß man es - zumal dann, wenn man die Europäische Gemeinschaft" beim Namen nimmt und zum französischen Nachbarn hinüberblickt - im überschaubaren Zeitraum mit Überkapazitäten der Stromerzeugung zu tun hat. Die immer wieder vorgebrachte Behauptung, der Standort Bundesrepublik und Baden-Württemberg verliere wegen zu hoher Stromkosten schon im Vergleich zu Frankreich an Attraktivität, hat sorgsamem Berechnungen, die vorgetragen wurden, nicht standgehalten.

Klar, daß die Landespartei an diesem Thema weitergearbeitet hat. Es muß dies doch, sagte man sich, für die energiepolitischen Planungen Konsequenzen haben - Wyhl wird dann doch wohl nicht mehr nötig sein. Und während die Landesregierung im Vorfeld des noch im März dieses Jahres für dringlich und bevorstehend erklärten Baubeginns an Plänen für den Polizeieinsatz zur Räumung des Baugeländes Wyhl von Demonstranten bosselte, leitete die SPD Schritte ein, durch die die angekündigte "Hölle von Wyhl" als obsolet von der Tagesordnung abgesetzt werden sollte.

Dazu gehörte auch, daß ich an die Bundesregierung schriftliche Anfragen richtete, durch die in Erfahrung gebracht werden sollte,

- in welchem Umfang die französische Elektrizitätswirtschaft über das bisherige Maß hinaus Strom über den Rhein verkaufen könnte (was auch die französische Leistungsbilanz aufbesserte),
- ob die Bundesregierung längerfristige Stromabnahmeverträge mit Frankreich für vorteilhaft halte,
- ob nicht überhaupt die "Europäische Gemeinschaft" als eine solche auch der gemeinsamen Energieversorgung und Kraftwerksplanung anzusehen sei.

Die Antworten der Bundesregierung vom 29. Juli dieses Jahres waren kläglich:

- Man hat keine Ahnung, in welchem Umfang Frankreich liefern könnte,
- die Bundesregierung hat auch nicht vor, sich darum und um die diesbezüglichen Dispositionen der Kraftwerke zu kümmern (der Hinweis auf die Kohle ging fehl: die Anfrage zielte auf neue Kernkraftwerke),
- eine nationale Kraftwerksplanung gibt es nicht und soll es auch gar nicht geben, eine übernationale schon gleich gar nicht ("Ordnungspolitik").

So ungefähr hatte immer schon auch die Stuttgarter Landesregierung argumentiert. Es müßte mal einer zusammentragen, was Ministerpräsident Späth und die CDU all die Jahre über die Dringlichkeit und Unverzichtbarkeit von Wyhl haben verlautbaren lassen und



welche Attacken sie gegen Kritiker des Projekts geritten haben. Die dazu gegen die Landes-SPD gerichteten Polemiken strotzten von ideologischer Überhöhung.

Lothar Späth muß von den Aktivitäten der Landes-SPD Wind bekommen haben - man hätte es ahnen können: Am 30. August 1983 verkündete er aus heiterem Himmel den einsamen Beschluß, Wyl vorerst nicht bauen zu lassen und stattdessen auf längerfristige Lieferverträge mit dem französischen Kernkraftwerk Fessenheim zu setzen, an dem das Badenwerk gegen die Einräumung von Lieferrechten über 300 Megawatt beteiligt ist.

Ganz klar, Lothar Späth ist mal wieder clever gewesen. Daß er sich trefflich darauf versteht, immer wieder der SPD die Themen zu klauen (manchmal wird freilich nur eine Show daraus), war immer bekannt - so augenfällig wie diesmal war's freilich noch nie. Da wird heute mit großer Geste als Edelgewächs aus dem eigenen Garten verkauft, was er gestern dem Publikum noch als Unkraut aus dem SPD-Garten hat vergrätzen wollen. Seine Leute - Minister, Abgeordnete, Parteiaktivisten - werden genau drei Tage lang derangiert sein: Hernach werden sie einhellig verkünden, ihr Ministerpräsident habe mal wieder als einziger den Stein des Weisen gefunden. Wende - Winde, Wendigkeit, Windigkeit?

Dabei ist immer auch Skepsis geboten, zwei Erklärungsmöglichkeiten für Späths Schwenk müssen mit in Betracht gezogen werden:

- Es handelt sich um einen möglichst gesichtwahrenden Rückzug auf Raten, werbewirksam-rechtzeitig wird es weitere einsame Beschlüsse geben,
- es handelt sich - wie schon mal vor der letzten Landtagswahl ("Offenburger Erklärung") um eine Wahlkampf-Finte.

In der Sache freilich ist Späths Entscheidung erst mal zu begrüßen; es gilt, was die SPD-Grundwertekommission in ihrer Schrift ZUR POLITISCHEN KULTUR IN DER DEMOKRATIE vom Januar 1980 gesagt hat:

"Produktiver Wettbewerb, das Ringen um Sachalternativen.. ist der freien Meinungsbildung dienlich; es gilt, frei und gelöst genug zu sein, den Wahrheitsgehalt in der Argumentation der Gegenseite zu erkennen. Es schadet nichts, wenn auch für den Bürger erkennbar wird, wie konkurrierende Parteien von einander lernen."

Insoweit also ist sogar Respekt zu bekunden: Ministerpräsident Späth hat mal wieder von der SPD gelernt. Uneingeschränkter Respekt könnte man zollen, wenn Späth den Respekt vor dem Gegner aufbrächte und erklärte, daß die SPD früher bedacht hat, was er sich jetzt "in gewisser Weise" zu eigen gemacht hat. Und daß seine früheren Polemiken doch fehlgegangen sind...

Ob er dazu "frei und gelöst genug" sein wird?

(-/31.8.1983/ks/ca)

+ + +



## Albrechts Millionen-Pleite

-----  
Nienover und kein Ende

Von Rainer Silkenbeumer MdL

Selbst Experten haben aufgehört zu zählen, wie häufig sich der Niedersächsische Landtag schon mit dem Thema Nienover, ein Paradebeispiel landesherrlicher Fehlspekulation, befaßt hat.

Wir erinnern kurz: 1979 hatte die CDU-Landesregierung das Schloß Nienover für 1,8 Millionen DM vor einem hannoverschen Ölhändler erworben. Alle Wiederverkaufspläne schlugen bislang fehl, obwohl (oder weil?) sich der Ministerpräsident persönlich als Immobilienmakler betätigte. Einer der Kaufinteressenten, Herr Biedermann aus Texas, schädigte die Landeskasse um rund 60.000 DM, die nicht mehr einzutreiben waren. Durch Diebstähle gingen Einrichtungsgegenstände im Werte von rund 100.000 DM verloren.

Im Januar 1983 hatte die Landesregierung das Schloß in Zeitungsanzeigen zum Verkauf angeboten. In der Landtagssitzung am 16. Februar 1983 teilte Minister Cassens auf eine erneute SPD-Anfrage mit, "daß die Verkaufsverhandlungen in Kürze zum Abschluß gebracht werden können". (Bei einem Kaufpreis in Höhe von 1,5 Millionen DM - so der Minister.)

Seitdem hörte man jedoch nichts mehr von einem potenten Käufer. Dagegen war in der Uslarer Zeitung vom 16. Mai 1983 zu lesen, daß die CDU-Frauenvereinigung Uslar am Himmelfahrtstag ein Familientreffen "Gang durch das Schloß Nienover" veranstaltet hat.

Mit Otto Graeber bat ich um erneute Auskunft über den aktuellen Stand der Verkaufsverhandlungen, über die künftige Nutzung des Jagdschlusses für CDU-Familientreffen und über die Gesamtsumme der Kosten, die dem Land seit 1979 bis heute an Unterhaltungskosten, Zins- und Diebstahlverlusten entstanden ist.

Die Antwort der Landesregierung - wie gewohnt ausweichend und unkonkret -: Zur Zeit werde mit drei Interessenten intensiv verhandelt, die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen. Und hier einige der schönsten Minister-Sätze im Wortlaut:

"Die Realisierung der von den Kaufinteressenten ins Auge gefaßten Nutzungskonzepte verlangt eine Abstimmung mit anderen Ressorts und mit zahlreichen Behörden. Dabei müssen vielfältige Detailfragen geklärt werden. Diese Klärungsprozesse sind zeitraubend."

Erst auf Nachfragen gab der Minister zu, daß den Kaufinteressenten das Sollingschlößchen durch eine zusätzliche Jagdpacht schmackhaft gemacht werden soll und daß einer der Interessenten darüberhinaus das Schloß in Eigentumswohnungen umwandeln will.

Eines stellte Minister Cassens aber klar: Besichtigen darf künftig nur, wer kaufen will. Und CDU-Frauenvereinigungen gehören nicht dazu.

Und die traurige Bilanz auf der Kostenseite: Zählt man alles zusammen (Zinsverluste, Diebstähle, Unterhaltung, reduzierter Kaufpreis), so ergibt sich vier Jahre nach dem spektakulären Schloßerwerb ein Minus von rund einer Million DM aus Mitteln der Denkmalpflege!  
(-/31.8.1983/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Auf einer Pressekonferenz am 30. August 1983 hat SPD-Bundesgeschäftsführer Dr. Peter Glotz folgendes erklärt:

Wirtschaftspolitische Wende zur sozialen Ungerechtigkeit

1. Das Präsidium der SPD hat sich in seiner Sitzung vom 29. August ausführlich mit der wirtschafts- und finanzpolitischen Situation der Bundesrepublik befaßt. Es hat beschlossen:
  - Die 10.000 Ortsvereine der SPD zu bitten, sofort ein Flugblatt an die Bevölkerung zu verteilen, in dem offengelegt wird, daß immer noch 140.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz haben und daß sich die Lehrstellengarantie Helmut Kohls als Wahlkampftrug herausstellt.
  - Im November 1983 mit einer großangelegten Unterstützungskampagne zur Arbeitszeitverkürzung zu beginnen. Im Zentrum dieser Kampagne wird die 35-Stunden-Woche stehen; andere Formen der Arbeitszeitverkürzung werden als ebenfalls sinnvoll unterstützt. Im Zusammenhang mit dieser Kampagne wird jeder Ortsverein der SPD gebeten, in einer besonderen Veranstaltung das Thema Arbeitszeitverkürzung zu behandeln; die SPD wird Foren zu "Technologischem Fortschritt und Arbeitsplätze", zur "Zukunft der Arbeit" und zu "Arbeit und Freizeit" veranstalten und das Thema Arbeitszeitverkürzung auch zu einem zentralen Thema des Europawahlkampfes machen.
2. Helmut Kohl steht deutlich unter Druck des Industrieflügels seiner Partei, der ein Programm der Entsolidarisierung in der Bundesrepublik durchsetzen will. Vom Lambsdorff-Papier aus dem Jahre 1982 zieht sich eine gerade Linie zum George-Papier und zum Albrecht-Papier. Nach breiter publizistischer Vorbereitung in den Wirtschaftsteilen einer Reihe wichtiger Zeitungen wird die "Wende in der Wende" versucht. Eine schwierige Phase des sozialen Klimas der Bundesrepublik Deutschland zeichnet sich ab.

Die SPD hält in einer Situation zugespitzter Gefahren für die deutsche Wirtschaft eine Kooperation zwischen den Faktoren Kapital und Arbeit für sinnvoll. Sie bietet ihre Mitarbeit bei einer solchen Kooperation an. Sie macht aber gleichzeitig in aller Klarheit deutlich: Sollte die Bundesrepublik dem Druck einer Entsolidarisierungs-Rechten um Lambsdorff, Albrecht, George unter anderem folgen, werden weit über 900.000 Mitglieder der SPD, unabhängig von ihren Berufen und ihrer sozialen Stellung, gemeinsam mit den Gewerkschaften in eine erbitterte Auseinandersetzung um den Sozialstaat ziehen. Die guten deutschen Arbeitsbeziehungen waren bisher einer der entscheidenden positiven Faktoren, die für den Investitionsstandort Bundesrepublik Deutschland sprachen. Wer die deutschen Arbeitsbeziehungen in englische verwandeln will, wie offensichtlich die Herren Lambsdorff, Albrecht, George unter anderem, muß selbst die Verantwortung dafür übernehmen.

Das SPD-Präsidium ist sich klar darüber, daß gegen die Linie Lambsdorff / Albrecht auch in der Union, insbesondere in den Sozialausschüssen und um das Kohl-Zentrum herum Widerstände existieren. Die Unterstützung des Finanzministers Stoltenberg und des Außenministers Genscher für die Vorschläge der Entsolidarisierungs-Rechten zeigen aber, wie weit die Überlegungen von der "Wende in die Wende" schon gediehen sind. Bedauerlicherweise war der Einfluß der Sozialausschüsse in der Union immer gering; in einer Koalition mit einer wirtschaftsliberalen FDP sind die nur noch das fünfte Rad am Wagen. Die Kräfte der Katholischen Soziallehre in der Union werden endgültig zur Bedeutungslosigkeit verdammt werden, wenn sie sich nicht in der jetzigen Situation mit aller Kraft zur Wehr setzen.

3. Die SPD stellt fest, daß sich die gesamtwirtschaftliche Lage im ersten Halbjahr 1983 gegenüber dem Vorjahr nicht gebessert hat. Von einem selbsttragenden Aufschwung kann keine Rede sein; die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen, die Zahl der Erwerbstätigen weiter abgesunken. Die Aussichten für 1984 sind wesentlich stärker durch Risiken gekennzeichnet als durch nachweisbare dauerhafte Antriebskräfte. In dieser Situation ist es für die Bundesrepublik gefährlich, daß die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung durch einen Wirtschaftsminister vertreten wird, der durch die Parteispenden-



affäre angeschlagen ist, der im eigenen Lager durch die Angriffe von Strauß sturmreif geschossen wird und der sachlich seit Monaten ohne jede Konzeption zwischen ordnungspolitischen Predigten, handgreiflichen Inkonsequenzen und Konzeptionslosigkeit hin und her schwankt.

4. Die SPD fordert die Koalitionsparteien auf, die verantwortungslose und konjunkturpolitisch verhängnisvolle Steuersenkungsdebatte sofort einzustellen und konkret zu sagen, was eigentlich geschehen soll. Teile der CDU möchten die direkten Steuern senken, um die Familien zu begünstigen, der Wirtschaftsflügel der CDU (zum Beispiel Ministerpräsident Albrecht), möchte erneut die Unternehmensbesteuerung absenken und die FDP redet von einer Veränderung im Einkommenssteuertarif. Keiner der Beteiligten sagt, wann und um wieviel er die Steuern für wen senken will. Das ist Gift für die Konjunktur. Denn niemand kann eine Steuersenkung ankündigen, ohne damit rechnen zu müssen, daß die am Wirtschaftsprozess Beteiligten statt zu investieren oder Konsumgüter zu kaufen erst einmal abwarten, ob sie mit einer neuen Steuersenkung besser fahren würden.

Wenn die Bundesregierung glaubt, sie brauche für 1984 eine Steuersenkung, um die Wirtschaft endlich zum Laufen zu bringen, dann muß sie jetzt sagen, zu welchem Zeitpunkt und um wieviel und für wen die Steuern gesenkt werden sollen. Und natürlich muß die Bundesregierung offenlegen, wie sie die dann entstehenden Defizite in den öffentlichen Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden ausgleichen will.

Der Bundeswirtschaftsminister muß jetzt, wenn das Parlament die Haushaltsvorlage der Bundesregierung berät, sagen, ob er für das nächste Jahr eine andere Steuerpolitik für notwendig hält, als diejenige die der Einnahmeseite des Haushalts zugrundeliegt. Man kann bei der notwendigen Achtung vor dem Deutschen Bundestag das Parlament nicht einen Haushalt beraten lassen, der von den zuständigen Bundesministern schon wieder infrage gestellt wird. Im übrigen verschweigt die Bundesregierung erhebliche Haushaltsrisiken, die sie jetzt schon absehen kann. Allein das Risiko bei der Koks-Kohlebeihilfe des Bundeswirtschaftsministers wird auf fast eine Milliarde DM geschätzt; davon ist im Haushaltsentwurf nichts zu finden. Es ist jedenfalls völlig unverantwortlich, dem erstaunten Publikum mit Steuersenkung zu winken und andererseits zu wissen, daß die im Bundeshaushalt veranschlagten Ausgaben jetzt schon deutlich zu niedrig angesetzt sind.

5. Bemerkenswert ist die Zurückhaltung des Bundeswirtschaftsministers bei den Themen Subventionsabbau und bei den drängenden Fragen der Strukturpolitik im Bereich Werften, Stahl und Kohle. Während das Lambsdorff-Papier den notwendigen Subventionsabbau ins Zentrum einer angeblich notwendigen marktwirtschaftlichen Umorientierung der Wirtschaftspolitik stellte, sind von der Bundesregierung allenfalls marginale Initiativen zum Abbau von Unternehmenssubventionen erkennbar geworden. Während im Sozialbereich Hilfen für die Schwächsten zusammengestrichen werden, werden die Subventionen von Landwirten und Teilnehmern am Bauherrenmodell beibehalten oder nur halbherzig angerührt. Während Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer und für jugendliche Arbeitnehmer infrage gestellt werden, spricht niemand in der Regierung über den Abbau von Einkommenssicherungsregelungen zu Gunsten von Architekten, Ärzten, Rechtsanwälten. Während im Albrecht-Papier öffentlich darüber nachgedacht wird, den Schutz der Einkommen der Arbeitnehmer über Tarifverträge einzuschränken, spricht niemand davon, die Gebührenordnung für Architekten oder Ärzte wesentlich zu beschränken.

Keiner spricht davon, beispielsweise die Preisbindung der Zweiten Hand für Arzneimittel aufzuheben, obwohl die pharmazeutische Industrie in diesem Jahr wiederum auch durch dieses Instrument die höchsten Preissteigerungen zu Lasten der versicherten Arbeitnehmer durchgesetzt hat.

Die Beispiele belegen eindeutig, daß sich hinter der wirtschaftspolitischen Wende soziale Ungerechtigkeit verbirgt. Die Einkommen der Arbeitnehmer sollen real sinken, die Sozialleistungen werden abgebaut, das Beschäftigungsrisiko soll auf den Einzelnen zurückverlagert werden und die Erbhöfe der Subventionsempfänger und die wettbewerbsbeschränkenden staatlichen Eingriffe zugunsten auserwählter Gruppen bleiben bestehen. Dort ist von Leistungswettbewerb die Rede.



6. Die Aktivitäten der Bundesregierung und insbesondere des Bundeswirtschaftsministers in den Bereichen Stahl, Werften und Steinkohle sind durch blinde Konzeptionslosigkeit gekennzeichnet.

Während der Bundeswirtschaftsminister noch zu Zeiten der alten Regierung der Einführung von Stahlquoten im EG-Bereich heftig widersprochen hat, und sich nur auf dem Kompromißwege dazu bereit fand, hat er in diesem Jahr die Verlängerung der Stahlquotenregelung betrieben. Während Graf Lambsdorff es einerseits strikt ablehnt, ein verantwortliches Konzept über die künftige Struktur der Stahlindustrie vorzulegen, beabsichtigt er, die Fusion der Firmen Thyssen und Krupp in besonderem Maße mit Steuermitteln zu begünstigen, obwohl beispielsweise die Monopolkommission in ihrem Gutachten vor einer Unterstützung dieser Fusion warnt, weil damit die Position des Marktführers noch mehr gestärkt würde. Die gleiche Monopolkommission fordert vom Wirtschaftsminister ein Konzept, ebenso wie dies die SPD tut und die Monopolkommission ist sozialistischer Experimente durchaus unverdächtig. Graf Lambsdorff verschanzte sich hinter allgemeinen Ausreden ordnungspolitischer Art, die selbst die Wettbewerbshüter in der Monopolkommission nicht gelten lassen können.

Während der Wirtschaftsminister bei der Stahlindustrie Subventionen zu den Bedingungen der Empfänger zu begründen versucht, lehnt er die Unterstützung einer notwendigen Fusion im Werftenbereich in Bremen mit vordergründigen Argumenten ab. Während die Bundesregierung im Saarland ohne Beitrag der Eigentümer neue Subventionen für Arbed zur Verfügung gestellt hat, wird eine angemessene Hilfe für die Werften in Bremen nicht zugesagt, obwohl die Eigentümer dort weiter im Risiko bleiben wollen.

Der Bundeswirtschaftsminister spricht im Steinkohlebereich von einer Überkapazität von mindestens zehn Millionen Tonnen pro Jahr und verlangt unverblümt die Stilllegung von Zechen. Jedermann muß wissen, daß davon allein im Steinkohlebergbau 20.000 Arbeitnehmer betroffen sind. 20.000 Arbeitnehmer werden bei diesem Konzept ihren Arbeitsplatz verlieren. Bei den Landwirten stimmt der Wirtschaftsminister erneut Preiserhöhungen zu. Wenn es im Landwirtschaftsbereich ein Argument ist, daß man bei hoher gesamtwirtschaftlicher Arbeitslosigkeit die Bauern nicht auf die Straße schicken kann, so muß man sich fragen, warum das gleiche Argument nicht für die Kumpels gilt. Die Antwort darauf ist einfach, Landwirte wählen CDU und FDP. Von den Kumpels und von den Werftarbeitern sind sicherlich keine Spenden an die FDP unter der Kennzeichnung: "wegen Lambsdorff" zu erwarten.

#### Fazit:

- Der gesamtwirtschaftliche Aufschwung ist nicht in Gang gekommen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich verschlechtert und nicht verbessert. Die Bundesregierung lehnt die Beschäftigungsinitiativen der SPD ab und ihre Mitglieder zanken sich öffentlich über Steuersenkungen für das nächste Jahr.

Der Bundeswirtschaftsminister muß deutlich sagen, wann er für wen eine Steuersenkung will und aus gesamtwirtschaftlichen Gründen für notwendig hält, und das nicht nach, sondern vor der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag.

- Der Bundeswirtschaftsminister muß klar sagen, ob er Zehntausende von Berg- und Werftarbeitern in die Arbeitslosigkeit entlassen will, ob er die für das nächste Jahr zu erwartende Arbeitslosigkeit durch unterlassene Hilfeleistung noch weiter vermehren will oder welches glaubwürdige Konzept er hat, die Massenarbeitslosigkeit im nächsten Jahr abzusenken.
- Der Bundeswirtschaftsminister muß klar stellen, warum sein marktwirtschaftliches Konzept den Arbeitnehmern in Zechen und Werften den Verlust des Arbeitsplatzes aufzwingen will, während er gleichzeitig für andere Gruppen, die ihm näher stehen, Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung mit betreibt.
- Bisher aber verfestigt sich der Eindruck, daß die hehren marktwirtschaftlichen Grundsätze des Grafen Lambsdorff nur für diejenigen gelten sollen, die seine Partei nicht wählen oder ihr nicht mit Spenden behilflich sind. Damit belegt die Bundesregierung eindeutig den von vornherein gehegten Verdacht, daß die Wende in der Wirtschaftspolitik nur für die Arbeitnehmer und die sozial Schwachen gedacht war und bleibt. Das Papier des Ministerpräsidenten Albrecht, dem sicherlich bald entsprechende Äußerungen des Grafen Lambsdorff folgen werden, belegt diese Vermutung. Es geht nicht um Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, es geht nicht um Leistungswettbewerb, es geht um Umverteilung zu Gunsten der eigenen Klientel. (-/31.8.1983/ks/ca)

# **Ausbildungsplätze statt Wahlschwindel – jetzt handeln!**

**Seien Sie endlich ehrlich, Herr Bundeskanzler!**

Es gibt nichts mehr zu beschönigen: Die „Lehrstellengarantie“ Helmut Kohls ist ein Wahlkampftrug. Weit über 100 000 Jugendliche, darunter besonders viele Mädchen, haben noch immer keinen Ausbildungsplatz. Und die Bundesregierung tut nichts Wirksames, um ihnen zu helfen.

Statt zu handeln, hat die Bonner Rechtskoalition Sprüche geklopft – allen voran der Kanzler und sein Arbeitsminister Blüm – und den gesetzlichen Jugendschutz verwässert.

Die Jugendlichen, die jetzt erkennen, daß ihre Sorgen und ihre Hoffnungen für einen Wahlkampftrick mißbraucht wurden, stehen mit leeren Händen da. Wie sollen sie einer Regierung vertrauen, die ihre Not für „Bild“-Werbekampagnen ausschachtet?

Die SPD-regierten Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg und Bremen haben Sonderprogramme beschlossen, um das Schlimmste zu verhindern und zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen. Einzelne CDU-regierte Länder ziehen mit und planen jetzt Ähnliches. Die Bundesregierung sollte um der jungen Menschen willen ihre Blockadepolitik aufgeben.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in Bonn schon vor Monaten ein Sofortprogramm\*) gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt. Damit könnten Ausbildungs- und Arbeitsplätze (betriebliche und überbetriebliche) für 150 000 Jugendliche geschaffen werden.

Die Bundesregierung muß durch öffentlichen Druck zum Handeln gezwungen werden, weil sie sich in ihren Wahlkampfschwindel verfangen hat. Helfen Sie mit.

\*) Das Sofortprogramm der SPD ist erhältlich bei der SPD-Bundestagsfraktion, Bundeshaus, 5300 Bonn 1.

**Eine Chance für  
die Jugend. Jetzt. SPD**